

Ausweitung des Euro-Rettungsschirm: So stimmten die Abgeordneten aus MV

JA

NEIN



Eckhardt Rehberg
CDU



Angela Merkel
CDU



Christoph Poland
CDU



Dietrich Monstadt
CDU



Karin Strenz
CDU



Matthias Lietz
CDU



Christian Ahrendt
FDP



Hans-J. Hacker
SPD



Sonja Steffen
SPD



Harald Terpe,
Die Grünen



Steffen Bockhahn
Linke



Heidrun Bluhm
Linke



Dietmar Bartsch
Linke



Martina Bunge
Linke

Mehrheit der Kanzlerin

ABSTIMMUNG Wochen wurde um den Euro-Rettungsschirm gerungen. Die Koalition sah sich am Abgründ. Diesen hat sie nun übersprungen. Bis zum nächsten Mal.

VON ANDREAS HERHOLZ

BERLIN. Am Ende greift Angela Merkel ihre Handtasche, setzt ihr Siegerlächeln auf und geht. Die „eiserne Lady“ hat es geschafft, die Kanzlermehrheit steht. Kein Triumph, aber Genugtuung, die sich auch in Merksels Gesichtszügen widerspiegelt. Grünes Licht für den erweiterten Euro-Rettungsschirm. Merkel hat den Machtkampf in den eigenen Reihen gewonnen. Bis zuletzt waren die Euro-Rebellen in den eigenen Reihen bedrängt und bearbeitet worden.

315 Stimmen, vier mehr als für die Kanzlermehrheit erforderlich. Aufatmen in der schwarz-gelben Koalition, Aufatmen in Europa. Ernüchterung bei der Opposition, die auf ein Straucheln der Regierung gehofft hatte. Showdown im Bundestag.

Wochenlang war über den richtigen Weg bei der Euro-Rettung gerungen und gestritten worden, die Koalition stand vor einer Zerreißprobe. Gestern Mittag dann Merksels Befreiungsschlag. Beifall und Schulterklopfen in den schwarz-gelben Reihen. Seht her, wir leben noch, so das Signal der Abgeordneten von Union und FDP. „Die Regierung Angela Merkel ist handlungsfähig“, sagt der Kanzler-Vertraute und Unionsfraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier in jede Kamera.

Als Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) um 12.11 Uhr das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt wird, löst sich die Anspannung. 523 Abgeordnete dafür, 85 dagegen, drei enthalten sich. Die erste große Hürde ist genommen. Doch Merkel ist klar, dass auch die eigene Kanzlermehrheit sicher sein dürfte. Darauf hatte bereits die Zahl der Abweichler aus den eigenen Reihen hingedeutet, die wie üblich bis zum Vorabend der Entscheidung ihr Nein der Fraktionsführung melden müssen. Zehn Unionsabgeordnete stimmen dagegen, drei aus der FDP und zwei Enthaltungen.

Vor der Entscheidung eine heftige Redeschlacht: Die Kanzlerin greift selbst nicht ein, überlässt es ihrem Fraktionschef Volker Kauder und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) noch einmal für den erweiterten Euro-Rettungsschirm EFSF und die Milliardenhilfen für Griechenland zu werben. Ausgerechnet ihr früherer Finanzminister Peer Steinbrück, der sie gerne als SPD-Kanzlerkandidat bei der nächsten Bundestagswahl herausfordern würde, spricht für die SPD. Zwar stimmen die Genossen dem



Merkel und Philipp Rösler warten auf das Abstimmungsergebnis.

FOTO: DPA

Rettungspaket zu, doch lässt Steinbrück kein gutes Haar am Krisenmanagement der Kanzlerin und ihrer Regierung. Zu spät, zu wenig, zu wirr, lautet seine Analyse. „Nach meiner Wahrnehmung sind wir im Augenblick nach dem chinesischen Kalender im Jahr des Hasen. Und genau diesen Eindruck vermittelt auch diese Regierung“, wirft der SPD-Mann Merkel & Co. Ängstlich-

keit und mangelnde Entschlossenheit vor. „Sie haben laviert und unglaubwürdige Dementis abgegeben“, kritisiert Steinbrück die Regierungschefin. Ein Hauch von Wahlkampf im Bundestag.

Was ist Merksels Erfolg wirklich wert? Kaum war das Ergebnis bekannt, meldeten sich auch schon die Gegner der Euro-Hilfen zu Wort: „Die Höhe der deutschen Bürgschaft

ist uferlos“, kritisierte der CSU-Rebell Peter Gauweiler: Der im Gesetz genannte Höchst-Bürgschaftsbetrag von 211 Milliarden Euro werde um ein Vielfaches übertroffen, weil Zinsen und Kosten nicht ausgewiesen seien. Nach der Euro-Hilfe-Entscheidung ist vor der Euro-Hilfe-Entscheidung. Und wie hatte CSU-Chef Horst Seehofer gestern erklärt: „Bis hierhin und nicht weiter.“

Ein Minuten-Protokoll aus dem Bundestag

9 Uhr: Der Gong ertönt. Die Parlamentarier erheben sich. Bundestagspräsident Norbert Lammert eröffnet die Sitzung „über ein Projekt, das nicht wenige für das wichtigste einzelne Gesetzgebungsvorhaben dieser Legislaturperiode halten“, wie er bemerkt. Doch wo ist Angela Merkel? Der blaue Stuhl mit der erhöhten Lehne auf der Regierungsbank bleibt zunächst leer. Mit drei Minuten Verspätung erscheint die Kanzlerin dann doch – ihr Mobiltelefon in der Hand und die orangefarbene Lederhandtasche über der Schulter.

9:18 Uhr: Nach Unionsfraktionschef Volker Kauder, der mit Verve für den Rettungsschirm wirbt, ist Peer Steinbrück an der Reihe. Der frühere Finanzminister, derzeit als aussichtsreichster Kandidat für die SPD-Kanzlerkandidatur gehandelt, startet zum Frontalangriff auf Merkel und die Koalition. Läuft sich hier jemand warm für die Rolle des Kanzlerinnen-Herausforderers? „Spieglein, Spieglein an der Wand: Wer ist der schönste Sozi im ganzen Land?“, spottet FDP-Mann Bruderle.

10:02 Uhr: „Sie stehen jetzt vor der Wahl, was Ihnen wichtiger ist: Ihr Gewissen oder die Angst vor Neuwahlen!“, schleudert Linksfraktionschef Gregor Gysi der Koalition entgegen. Die Opposition setzt zur Generalabrechnung mit Schwarz-Gelb an. Ein rhetorischer Schlagabtausch wie sonst nur in Haushaltsdebatten. Finanzminister Wolfgang Schäuble gibt contra, verteidigt sei-

ne Krisenpolitik und weist Trickerei-Vorwürfe zurück.

11:06 Uhr: „Abwechler“ Bosbach ist zwischenzeitlich zurückgegangen in sein Büro, um ein Besuchergruppe vom Bundespolizeipräsidentium Deggendorf zu empfangen. Im Plenarsaal hat jetzt Klaus-Peter Willsch das Wort, ein anderer CDU-Dissident. Der Hesse warnt vor der Ausweitung des Rettungsschirms. Dass Parlamentspräsident Lammert ihm und seinem FDP-Kollegen Frank Schäffler entgegen der Usancen Rederecht in der Debatte gewährt, erzürnt nicht nur Unionsfraktionschef Kauder („ein Fehler“). Die Sache wird jetzt ein Nachspiel haben – im Ältestenrat des Parlaments.

11:52 Uhr: Die Argumente sind ausgetauscht. Die Abstimmung ist eröffnet. Gedränge an den Wahlurnen im Plenarsaal. Dann wird ausgezählt.

12:11 Uhr: Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse verkündet das Ergebnis: 523 Ja-Stimmen, 85 Mal Nein und drei Enthaltungen. A

12:36 Uhr: Vibrationsalarm am „Blackberry“ von Peter Altmaier, dem Geschäftsführer der Unionsfraktion. Wenig später die Eilmeldung: 315 Koalitionsabgeordnete haben für die Ausweitung des Rettungsschirms gestimmt - Kanzlermehrheit. „315“, tippt Altmaier in sein Handy, fügt noch einen Smiley hinzu. Und ab geht die SMS an die Kanzlerin.

12:47 Uhr: Der nächste Tagesordnungspunkt wird aufgerufen.

Zitate

„Mir ist ein Stein vom Herzen gefallen, das sage ich jetzt ganz offen und ehrlich, weil seit Wochen über das Ergebnis spekuliert worden ist.“

Peter Altmaier, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, CDU

„Die Koalition hat bei der heutigen Abstimmung die sogenannte Kanzlermehrheit erreicht. Dies zeigt, dass wir handlungsfähig und geschäftsfähig sind, geschlossen auftreten und nicht auf eine wankelmütige Opposition angewiesen sind.“

Norbert Barthle, haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, CDU

„Der Deutsche Bundestag hat heute seine Verantwortung für Europa wahrgenommen. Das Signal an unsere europäischen Partner lautet: Auf Deutschland ist Verlass.“

Guido Westerwelle, Bundesaußenminister, FDP

„Durch die Parlamentsbeteiligung können wir dem Bürger klar sagen, dass für den Fall, dass jemand Geld oder Hilfen haben

will, wir immer noch entscheiden. Deshalb ist die wichtigste Message: Griechenland hat heute noch kein Geld gekriegt.“

Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

„Die Kanzlerin hat noch schwierige Zeiten vor sich. Das Abstimmungsergebnis verdeckt die inneren Widersprüche in dieser Koalition.“

Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

„Nach meiner Wahrnehmung sind wir im Augenblick nach dem chinesischen Kalender im Jahr des Hasen. Und genau den Eindruck vermittelt auch diese Regierung.“

Peer Steinbrück, SPD

„Die Koalition hat noch einmal eine Verlängerung der Galgenfrist bekommen. Überzeugend ist das Votum dennoch nicht. Für Entwarnung besteht kein Anlass.“

Volker Beck, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion